

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl
Post 2 Thlr. 16 Sgr. Interionsgebühr für den Raum einer
funfseitigen Zeile in Beitschrift 1½ Sgr.



Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 32. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 20. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 18. Januar.

31. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministerische: Graf zu Eulenburg und von Selchow mit zahlreichen Commissarien, später Frhr v. d. Heydt.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird von den Abg. v. Hoverbeck und v. Sauden-Zulienfeld gestellte Antrag auf sechsmalliche Steuererlaß in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen der Finanz-Commission überwiesen.

Die Vorberatung des Stats des Ministeriums des Innern war in der General-Discussion über Titel 10—12, Landdrosteien, Landräthliche Behörden und Aemter, stehen geblieben.

Abg. v. Bennigsen empfiehlt den Antrag Zweiten, die für die Provinzialverwaltung der Provinz Hannover verlangte Summe nur als Pauschquantum zu bewilligen. Der Minister des Innern habe selbst erklärt, daß er die Einrichtung der Landdrosteien für keine zweitmäßige halte; und nur, weil er über eine andere bessere Einrichtung noch nicht schlüssig sei, wolle er die alte Einrichtung einstweilen noch und zwar als definitive beibehalten. Durch ein solches Hin- und Herschwanken werde den Behörden gegenüber nicht das nothwendige Gefühl der Sicherheit und Autorität hervorgerufen. Der Minister hätte wohl in der 1½-jährigen Frist Zeit genug gehabt, die Zweitmäßigkeit der bisherigen Einrichtung zu prüfen. Wenn man aber die bisherige Einrichtung nicht beibehalten wolle, so möge man die Stellen auch nicht erst als dauernde und etatsmäßige hinstellen, sondern so lange als provisorische, bis man die Einrichtungen dauernd zu regeln im Stande sei. Dafür spreche noch der Umstand, daß die Landdrosteien hinsichtlich ihrer Personalverhältnisse in vollständiger Auflösung begriffen sind, ein großer Theil der Stellen also mit neuen Beamten besetzt werden müßt. Für das zu regelnde Definitivum schlug Redner sodann vor, aus den 6 Landdrosteien ein einziges Regierungs-Collegium mit seinem Sitz in Hannover zu etablieren. Die Verwaltung würde dadurch nicht leiden, wohl aber eine große Menge von Beamten und ein Aufwand von etwa 18,000 Thalern jährlich erspart werden.

Redner wendet sich sodann an seine Special-Collegen aus Hannover mit der dringenden Bitte, nicht, wie es von einzelnen Seiten geschehen, Alles, was an Verwaltungs-Einrichtungen in Hannover bestanden hat, als gut, heilig und nothwendig aufrecht erhalten zu wollen. „Wir sitzen hier als Vertreter des ganzen preußischen Staates und die Interessen des gesammten Staates müssen für uns in erster Linie maßgebend sein.“ (Beifall.) In der Staatsverwaltung muß möglichst Einheit hergestellt werden. Besondere Einrichtungen für die Provinz Hannover sind deshalb nur dann aufrecht zu erhalten, wenn sie besonders gut und den Interessen des Gesamtstaates vortheilhaft, mindestens aber nicht gefährlich sind. (Beifall.) Wir müssen deshalb dahin wirken, unter Aufrechterhaltung des Guten alle schlechten und mangelhaften Einrichtungen zu beseitigen. Wenn wir also unsere gute Criminalgesetzgebung behalten dürfen, dann könnten wir wohl das andere, zumal die Landdrosteien gern Preis geben. (Beifall.)

Abg. v. Binde (Minden). Es ist ganz richtig, daß allgemeine Organisationsfragen nicht in die Budgetberatung gehören; die Discussion darüber hat große Bedeutung. Sie kann nicht erledigt sein, um ihr Resultat, die Resolutionen, ist immer deutungsfähig. Ich werde daher gegen die Anträge Legidi u. s. m. stimmen. — Die Aufgabe des Ministers des Innern ist die gute Organisation der Behörden und die Anstellung tüchtiger Beamten und ihre wirksame Kontrolle. Die Kontrolle soll und darf aber nicht bloss vom alten Theile aus getöbt werden, sondern der Minister muß sich durch persönliche Reisen im Lande von der Thätigkeit der Behörden, von den bestehenden Notständen und von den zur Abhilfe derselben von den Behörden ergreifenden Mitteln überzeugen. (Zustimmung links.) Um dies aber zu ermöglichen, müssen wir bei einer neuen Organisation dem Minister zu Hilfe kommen und ihn von dem Ballast befreien, der ihn und sein Ressort belastet. Der Herr Minister hat uns neulich eine lange Liste der Geschäfte vorlesen, die ihm alle obliegen, darunter die Polizei-Verwaltung und das Feuerwehrwesen in Berlin. Sind das Aufgaben für das Ministerium des Innern? Gehören diese Geschäfte nicht vielmehr zum Ressort des Polizei-Präsidenten? (Zustimmung links.)

Wenn man solche, für das Ministerium gewiß geringfügige Lappalien direkt dem Minister zuweist, so kann man sich nicht wundern, wenn er zu seiner höheren Aufgabe wenig Zeit übrig behält. Sehen wir uns alle die Ueberlieferten Petitionen an, die oft erst an das Ministerium und dann an dieses Haus gelangen, sich auf Schant-Concessionen, Arnsdorffschen u. c. beziehen, und wir müssen der Überzeugung sein, daß es zweitmäßiger wäre, auch in der Verwaltung wie in der Justiz, gewisse Sachen als appellabel resp. nicht appellabel hinaustellen und nicht für alle die Recursinstanz ins Ministerium zu legen. Denn hierdurch kommt es, daß der Minister nicht einmal im Stande ist, die eingehenden Sachen alle zu lesen, sondern dies zu erledigen, müssen wir bei einer neuen Organisation dem Minister zu Hilfe kommen und ihn von dem Ballast befreien, der ihn und sein Ressort belastet. Der Herr Minister hat uns neulich eine lange Liste der Geschäfte vorlesen, die ihm alle obliegen, darunter die Polizei-Verwaltung und das Feuerwehrwesen in Berlin. Sind das Aufgaben für das Ministerium des Innern? Gehören diese Geschäfte nicht vielmehr zum Ressort des Polizei-Präsidenten?

Wenn man solche, für das Ministerium gewiß geringfügige Lappalien direkt dem Minister zuweist, so kann man sich nicht wundern, wenn er zu seiner höheren Aufgabe wenig Zeit übrig behält. Sehen wir uns alle die Ueberlieferten Petitionen an, die oft erst an das Ministerium und dann an dieses Haus gelangen, sich auf Schant-Concessionen, Arnsdorffschen u. c. beziehen, und wir müssen der Überzeugung sein, daß es zweitmäßiger wäre, auch in der Verwaltung wie in der Justiz, gewisse Sachen als appellabel resp. nicht appellabel hinaustellen und nicht für alle die Recursinstanz ins Ministerium zu legen. Denn hierdurch kommt es, daß der Minister nicht einmal im Stande ist, die eingehenden Sachen alle zu lesen, sondern dies zu erledigen, müssen wir bei einer neuen Organisation dem Minister zu Hilfe kommen und ihn von dem Ballast befreien, der ihn und sein Ressort belastet. Der Herr Minister hat uns neulich eine lange Liste der Geschäfte vorlesen, die ihm alle obliegen, darunter die Polizei-Verwaltung und das Feuerwehrwesen in Berlin. Sind das Aufgaben für das Ministerium des Innern? Gehören diese Geschäfte nicht vielmehr zum Ressort des Polizei-Präsidenten? (Beifall.)

Der Ansicht des Abgeordneten v. Bennigsen über die große Unzweckmäßigkeit der Landdrosteien und den Wunsch, für Hannover eine einzige Regierungsbehörde nach dem Muster der Provinz auf demokratischem, in der andern auf feudalem Prinzip zu konstituieren; und ich begreife den neulich vom Abgeordneten Grumbrecht hiergegen erhobenen Widerspruch nicht. Trotzdem aber werde ich aus dem angegebenen Grunde dagegen stimmen.

Was nun die Organisation in Hannover betrifft, so freue ich mich zunächst über die letzten Ausführungen des Abg. v. Bennigsen, worin er gewissermaßen die Umkehr seiner Landsleute anführt, und würde mich um so mehr freuen, wenn ich hierbei auch auf das Herz Hannover, auf das membrum praeципuum der hannoverschen Abgeordneten, den Abgeordneten für Merven (Windthorst) rechnen könnte. (Beifall.) Der Ansicht des Abgeordneten v. Bennigsen über die große Unzweckmäßigkeit der Landdrosteien und den Wunsch, für Hannover eine einzige Regierungsbehörde nach dem Muster der Provinz auf demokratischem, in der andern auf feudalem Prinzip zu konstituieren; und ich begreife den neulich vom Abgeordneten Grumbrecht hiergegen erhobenen Widerspruch nicht. Trotzdem aber werde ich aus dem angegebenen Grunde dagegen stimmen.

Was nun die Organisation in Hannover betrifft, so freue ich mich zunächst über die letzten Ausführungen des Abg. v. Bennigsen, worin er gewissermaßen die Umkehr seiner Landsleute anführt, und würde mich um so mehr freuen, wenn ich hierbei auch auf das Herz Hannover, auf das membrum praeincipium der hannoverschen Abgeordneten, den Abgeordneten für Merven (Windthorst) rechnen könnte. (Beifall.) Der Ansicht des Abgeordneten v. Bennigsen über die große Unzweckmäßigkeit der Landdrosteien und den Wunsch, für Hannover eine einzige Regierungsbehörde nach dem Muster der Provinz auf demokratischem, in der andern auf feudalem Prinzip zu konstituieren; und ich begreife den neulich vom Abgeordneten Grumbrecht hiergegen erhobenen Widerspruch nicht. Trotzdem aber werde ich aus dem angegebenen Grunde dagegen stimmen.

Was nun die Organisation in Hannover betrifft, so freue ich mich zunächst über die letzten Ausführungen des Abg. v. Bennigsen, worin er gewissermaßen die Umkehr seiner Landsleute anführt, und würde mich um so mehr freuen, wenn ich hierbei auch auf das Herz Hannover, auf das membrum praeincipium der hannoverschen Abgeordneten, den Abgeordneten für Merven (Windthorst) rechnen könnte. (Beifall.) Der Ansicht des Abgeordneten v. Bennigsen über die große Unzweckmäßigkeit der Landdrosteien und den Wunsch, für Hannover eine einzige Regierungsbehörde nach dem Muster der Provinz auf demokratischem, in der andern auf feudalem Prinzip zu konstituieren; und ich begreife den neulich vom Abgeordneten Grumbrecht hiergegen erhobenen Widerspruch nicht. Trotzdem aber werde ich aus dem angegebenen Grunde dagegen stimmen.

Bei denjenigen Entscheidungen der Verwaltungsbehörden, die sich auf

Privatinteressen beziehen, muß gleichfalls die Offenheitlichkeit und Mündlichkeit

der Verhandlungen, ein wirkliches contradictorischs Verfahren eingeführt

die Entscheidung soll nicht auf bloßen Bericht der Unterbehörden gefällt wer-

den. Sonst ist es nicht möglich, Entscheidungen zu fällen, welche die öffentliche Meinung befriedigen; ich bin jetzt lange Jahre Landrat gewesen und kenne

dies deshalb aus eigener Erfahrung. Bei solchen Sachen ist eine collegia-

lische Entscheidung durchaus wünschenswert. Die Regierung soll aber auch

an Ort und Stelle controlliren lassen, wie die Geschäfte des Landes überall

wahrgenommen werden; jeden Beamten, der Entscheidungen zu treffen hat,

soll deshalb aber auch nicht bloss die Ehre, sondern auch die Verantwortlichkeit

seiner Wirklichkeit treffen. Der große Einfluß, den die Regierungsprä-

äsidenten auf die Räthe ausüben, muß deshalb wegfallen. Es sollen Colle-

giabeschlüsse gefaßt werden, wo sie hingehören, aber einzelne verantwortliche

Beamte entscheiden, wo dies nothwendig ist. — Wenn ich von diesem Titel

aus die Thätigkeit der Landdrosteien betrachte, so kann ich mich dem Urtheil des Abg. v. Bennigsen nicht durchweg anschließen; es erjeckt von

diesem Gesichtspunkte aus vielmehr wünschenswert, die Landdrosteien zum

Theil erhalten zu sehen; die persönliche Wirklichkeit der Beamten, die Ver-

antwortlichkeit ist dort viel richtiger organisiert, als bei den Regierungs-Coll

legien. Ob dabei etwas erwartet wird, ist zunächst von untergeordneten Be-

deutung; die Hauptfrage ist, daß die Sachen gut gemacht werden. — Ich

bin der Ansicht, daß die Sachen gut gemacht werden. — Ich

Alltes auf denselben Weisen geschlagen werden darf, sondern daß man das

allgemeine Prinzip im Großen gezielt aufstellt und dann den Gemeinden

überläßt, wie sie sich innerhalb dieses Rahmens organisieren wollen. — Auf

der anderen Seite hat auch die Einrichtung unserer landräthlichen Be-

hörden, wenigstens wie sie sein soll, den Vorzug, daß die Landräthe meist

sie selbst im Kreise angestellen und daß ihre Privatinteressen mit den allgemeinen

dadurch identisch sind, während die Landdrosteien in Hannover im Lande hin-

und her versetzen, wie alle anderen Staatsbeamten.

Eine neue Organisation muß also über kurz oder lang eingeführt werden;

die in Hannover zur Zeit bestehende kann nur als provisorisch betrachtet

werden. Ich schließe mich deshalb dem Sinne des Antrages Zweiten an, wünschte jedoch dringend, den Ausdruck „Pausch-Quantum“ geändert zu sehen, weil er den Sinn involviert, daß der Minister über die Summen verfügen kann, wie er will. Ich fürchte aber, daß der Abg. Zweiten auf eine Änderung nicht eingehen wird, da wir es ja von ihm gewohnt sind, daß, wenn er erst einmal eine Idee gesetzt hat, auch keine Macht der Erde ihn davon abbringen kann. (Heiterkeit.) Was nun den Antrag Sauden betrifft, die 20,000 Thlr., welche als Zulage für die Landräthe ausgelegt sind, zu streichen, so könnte ich mich nach meinen Intentionen und Anschauungen über das Amt der Landräthe demselben wohl anschließen. Das Landratsamt soll ein Ehrenamt sein, und das ausgezahlte Gehalt reicht kaum zu den Bureau- und Reisekosten aus. Nun kommt aber öfter der Fall vor, daß im Kreise angesessene Männer sich nicht finden, um dies nobile officium zu übernehmen und das man deshalb — was ich leineswegs für wünschenswert halte — Regierungs-Assistenten u. c. heranziehen müßt. Wenn die Zulage von 20,000 Thaler für die Kategorie verwandt werden soll, so wage ich nicht zu widerstreben; vielleicht gelingt es mir, im Laufe der Debatte, die Form für ein Amendment zu finden, um dies im Etat ausdrücklich auszusprechen. Ich spreche noch zum Schluß den dringenden Wunsch aus, daß es dem Herrn Minister noch in dieser Session vergrönt sein möge, einen Organisationsplan für die Verwaltungsbehörden in Hannover, womöglich auch eine neue Provinzial-, Kreis- und Gemeinde-Ordnung vorzulegen. (Beifall.)

Der Minister des Innern: Herr v. Bennigsen wünscht, daß die definitive Organisation der Verwaltungsbehörden in Hannover noch bis zur Schlufberatung vor sich gebe. Je länger die Verhandlungen über diesen Gegenstand dauern, desto klarer wird von Tag zu Tag der Beweis geführt, wie verschieden die Ansichten hierüber sind. Ich bemerke nur, daß eine Reorganisation in Hannover von weit größerer Tragweite ist, als es auf den ersten Anblick erscheint und komme darauf zurück, daß es nothwendig ist, die geforderte Summe zu bewilligen. — Herr v. Binde hat von der Geschäftslast meines Ministeriums gesprochen, aber die Geschäftszahlen, von denen ich leichtlich sprach, werden nicht in meinem Ministerium ab ovo bearbeitet, sondern nur, was aus den einzelnen Kategorien in meine Ministerial-Instanz geht. Herr v. Binde führt gegen mich ferner die Communalsachen an, die Oberpräsident die letzte Instanz in Communalbeschwerden sei. Dies ist nur in Westfalen und der Rheinprovinz der Fall, in den östlichen Provinzen nicht. Dort kann ich im speziellen Falle einem Oberpräsidenten sagen: die Prinzipien, nach denen Du verfährst, sind falsch. Daß ich nicht alle ein und ausgebenden Sachen persönlich erledigen kann, ist eben kein so großes Unglück; es kommt nur darauf an, wie viel von mir nicht gelesen wird. Es wird wohl kaum eine größere Behörde geben, wo der Chef derselben alle eingehenden Sachen erledigen kann. Was die unbesoldeten Ehrenämter betrifft, so ist die Bereitwilligkeit zu ihrer Ueernahme keine außerordentlich große. (Heiterkeit.) Wenn nicht recht verstanden worden ist, was ich neulich unter Aufrechterhaltung des ständischen Weisens gemeint habe, so habe ich mich vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt. Wenn ich z. B. vom Stande der Rittergutsbesitzer gesprochen, so meine ich, daß der Begriff des Standes der Rittergutsbesitzer als solcher nicht mehr existiert, daß er als solcher keine Rechte und keine Pflichten mehr hat, die dem öffentlichen Bewußtsein erkennbar wären. Dagegen ist der große Grundbesitz ein sehr erkennbares Merkmal und ganz geeignet, an die Stelle der Rittergutsbesitzer zu treten. Den städtischen und ländlichen Stand wird man nicht verwischen können, ohne mit dem Leben in Widerspruch zu treten.

Wenn ich gesagt habe, man wird das ständische Wesen aufrecht erhalten müssen, so meine ich die Verbände, deren Interessen meist wirthschaftliche sind und die sich an das Leben anschließen. Der Herr Abgeordnete spricht von dem „Zur Disposition stellen“. Mit diesem Begriffe mag eine Strafe weil einer Verminderung des Gehalts verbunden sein, allein der Begriff ist nur der Ausdruck des Verwaltungsbüros, einem seinen Anordnungen nicht folgenden oder Opposition machenden Beamten gegenüber, daß er, möglicherweise bei Anerkennung seiner persönlichen Eigenschaften, mit diesem Beamten nicht regieren könne; es ist dies seine Strafe, sondern drückt eben nur aus: „so lange ich Chef bin, ist deine Verwaltungstätigkeit unmöglich, unter einem andern Chef bist du vielleicht brauchbar.“ — Der Herr Vorredner tadelst das Institut der Landräthe. Es ist dies gerade eine Stellung, in der junge Kräfte und große Kenntnisse am Platze sind, es ist eine verlockende, aufmunternde Vertrauensstellung, und zwischen Bevölkerung und Landräthe besteht meist ein inniges Verhältnis. (Heiterkeit.) Was die Zulage von 20,000 Thlr. betrifft, so bemerke ich, daß die Landratsvermerke nicht bestellt, sondern nur remunerirt sind. Das hohe Haus hat mir immer ein solches Quantum von Misstrauen entgegengebracht, daß es mir nicht die Möglichkeit gewährt hat, persönliche Zulagen zu machen.

Abg. Miquel: So lange die Reform der Verwaltung noch gar nicht begonnen ist, ist es für die Regierung nicht möglich, sich ihrer bisherigen Behörden in den neuen Provinzen zu entledigen. Der ganze Streit, ob die preußische Landratsverfassung oder die hannoversche Aemterverfassung besser ist, ist vorläufig eine rein theoretische. Mir allerdings haben hohe und niedere preußische Beamte, die nach Hannover verkehrt wurden, gesagt: Haltet die Aemterverfassung fest, sie ist viel besser als die preußische Landratsverfassung. (Heiterkeit.) Der Vorzug unserer Aemter besteht darin, daß sie in allen Verwaltungsangelegenheiten die erste Instanz bilden, während dies in Preußen meistens erst die Regierung ist. An der Aemter bei uns läßt sich eine Selbstverwaltung anstreben, an die Landratsverfassung nicht. Wir haben in Hannover organisiert nicht nach großen Prinzipien, sondern nach der Natur der bestehenden Verhältnisse; mein uns dies vertragen, wenn wir dieselbe festhalten wollen, bis man uns dafür etwas Besseres gibt. Gerade die Existenz zweier verschiedener Verwaltungs-Systeme wird mit einem Moment sein, das dahin drängt, eine Reorganisation der gesamten Verwaltung im ganzen Staate in Angriff zu nehmen. Die Scheu vor der Annahme unbesoldeter Ehrenämter, die der Herr Minister anführt, ist nur eine Folge des bureaukratischen Systems. (Sehr richtig!) man muss langsam in dieser Richtung forschreiten, und wir werden uns nötigenfalls auch nicht scheuen, wie man es in England in 16. Jahrhundert gethan hat, Strafen einzuföhren für die Weigerung der Annahme eines solchen Amtes (Bravo). Was die Frage anbelangt, ob man die im Etat für die hannoversche Verwaltung geforderten Summen als Pauschquantum bewilligen soll oder specialisiert, so möchte ich mich für das erste entscheiden, wir lassen damit der Regierung freie Hand, weiter zu organisieren innerhalb der Grenzen, welche die hier gegebenen Mittel ihr gestatten. Die Richtung, nach der hin dies zunächst geschehen muß, ist meiner Ansicht nach die Beteiligung der Landdrosteien; das ist eine sehr gefährliche Behörde, weil sie wegen des geringen ihr belassenen Geschäftskreises immer den Trieb haben wird, sich in Dinge zu mischen, die sie nichts angehen.

Schon unter dem alten Regime glaubten wir, daß die alten Landdrosteien aufgehoben werden müsten! es scheiterte das daran, daß es mit der Ehre des Ministeriums nicht verträglich schien, mit den Aemtern in direkte Verbindung zu treten; dieser Grund ist jetzt wegfallen, um so mehr ist die Befestigung jener Behörden zu erstreben. An der Bürokratie hängt nicht bloss die Schreiberei, sondern auch die unrettliche Nivellierung und Gleichmacherei. Aber Preußen wird nie den deutschen Einheitsstaat herstellen, wenn es nicht die einzelnen Eigenthümlichkeiten der einzelnen Länder befreien läßt. Ein Einheitsstaat nach französischem Muster ist in Deutschland nicht möglich, und wäre er möglich, würde ich an der Herstellung eines solchen nicht begeistert. Ich habe mein ganzes Leben gegen den Particularismus gekämpft, wenn ich daher hier für eine kräftige Provinzial-Organisation eintrete, so werden Sie mich darum nicht für einen Particularisten halten; in der Reform

den der hannoverschen Ritterschaft gemachten Vorwurf, mit dem Auslande zu conspiren, Verwahrung einlegt, und des Abg. Miquel, der diesen Vorwurf nur gegen einzelne Mitglieder der Ritterschaft gerichtet zu haben erklärt. Als dann geht die Specialdiscusion auf die Besoldungen der landräthlichen Behörden und Amtmänner über.

Abg. Dr. Glaser (unter großer Unruhe des Hauses): Die hannoversche Amterversammlung muß notwendig umgeändert werden; dieselbe hat nur dann Vortheile, wenn sie im Sinne der Selbstverwaltung reformirt wird; wollte man dieselbe auf alle preußischen Landesteile ausdehnen, so würde man den Staat so belasten, daß ihn das Volk nicht mehr tragen kann. Den Antrag des Abg. v. Sauden bitte ich abzulehnen, denn bei dem bedeutenden Geschäftsumfange des Landräthsäters ist es notwendig, wenn man sie nicht überhaupt zu Ehrenämtern macht, die Besoldungen zu erhöhen.

Abg. v. Bodum-Dolfs (scher verständlich): Die Landräthe müssen selbstständige Beamte sein. Ich hoffe, man wird dies dadurch erreichen, daß man die Stellen, statt dieselben höher zu besetzen, zu Ehrenämtern macht.

Abg. Grumbrecht (gegen den Antrag v. Sauden): Die Amtversammlung beruht auf einem Gesetz, es liegt also keine Veranlassung vor, in ähnlicher Weise zu verfahren, wie bei den Landdrosten. Der Antrag widerspricht aber auch direkt seinem Zweck; er soll die Befugniss der Landesvertretung erweitern, und statt dessen erweitert er die Competenz der Regierung durch das Recht, nicht nur die Stellen der Amtmänner zu besetzen, sondern auch die Besoldungen nach Belieben zu bestimmen.

Regierungs-Commissionar v. Wolff: Die 20,000 Thlr., welche zur Erhöhung der Landräthsgehalter angefordert sind, sollen nur der Anfang einer generellen Aufbesserung dieser Besoldungen sein. Der Herr Finanzminister war nicht in der Lage, uns größere Mittel bereit zu stellen, deshalb können in diesem Jahre nur 100 Stellen auf das Minimalgehalt gebracht werden, welches die Regierung in Zukunft Allen zu gewähren beabsichtigt.

Über die Vertheilung der Mittel ist ein Beschluss noch nicht gesetzt, sondern nur der Grundzusatz festgestellt worden, daß die Zulagen nicht gewissen Personen bewilligt, sondern bestimmte Stellen erhöht werden sollen. Gegen den Abgeordneten v. Bodum-Dolfs bemerke ich noch, daß, wenn er durch das Verlangen, die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen wollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine generelle Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar, daß man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen, verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen wollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine generelle Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar, daß man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen, verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen wollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Und diese Belohnung ist es ja nicht allein, die ihnen in Aussicht steht;

sie haben außerdem die Chancen, in dieses hohe Haus gewählt zu werden (Besfall links, Unruhe rechts) und fulminante Reden über das Jahr 1866 zu halten, wenn der Abg. Heise sie ihnen nicht immer negativ (Große Heiterkeit links); jene Reden, von denen man sagen könnte, was ein preußisches Blatt kürzlich einmal von den französischen Revolutionären gesagt: "Uns schaden sie nicht, aber ihm machen sie Freude." (Stürmische Heiterkeit links, Große Unruhe rechts). Redner geht sodann wieder auf Charakteristik der Wirklichkeit der Landräthe über, "die nun ja bald selbst in die Lage lämen, für die Zulage zu stimmen (stürmische Unterbrechung rechts), und empfiehlt nochmals seinen Antrag. Wenn die Landlehrer schon Jahre lang auf Zulage warten müssen, haben die Herren Landräthe auch noch Zeit. (Stürmischer Beifall links, Böschung rechts.)

Präsident v. Forckenbeck: Die letzten Worte des Vorredners veranlassen mich zu einer Frage. Die Landräthe, welche hier im Hause sitzen, sind hier nicht als Landräthe, sondern nur als Mitglieder des Hauses.

Abg. v. Bethmann-Hollweg für die Befürwortung der 20,000 Thlr., weil die Landräthe im persönlichen Verhältnis mit den Kreiswohnern stehen müßten, wenn ihre Wirklichkeit nützen sollte; hierzu aber sei ein größerer Aufwand erforderlich. Bei der Vertheilung der Summe sei lediglich auf das Bedürfnis der Einzelnen Rücksicht zu nehmen, namentlich müßten die Landräthe beachtet werden, die lediglich auf ihr Gehalt angewiesen sind.

Abg. Dr. Birchow: Der vom Vorredner gewünschte Modus der Vertheilung der Gehaltszulagen ist noch gefährlicher, als die unveränderte Befürwortung der Regierungsforderung; nach welcher wenigstens eine verhältnismäßige Vertheilung über die einzelnen Regierungsbezirke beabsichtigt war, während es nach dem Wunsche des Vorredners ganz in das Belieben des Ministers gestellt ist, Landräthen, die er besonders bevorzugt will, Zulage zu geben. Gerade den zur Ausbildung herangezogenen Regierungs-Amtseßern Zulage zu bewilligen, dazu könnte ich mich noch weniger verstehen, da diese viel abhängiger von der Regierung sind. Die Klage des Ministers, daß die liberale Partei selbst Schuld daran sei, wenn er ihr angehörige Mitglieder zu Ehrenämtern nicht bestätigen könne, ist vollständig ungerechtfertigt; die Regierung hat mindestens ebensoviel Schuld an der Schärzung des Conflets, wie die liberale Partei. — Auf die Frage der hannoverschen Amtmänner übergehend, empfahl Redner die Genehmigung der Summe nur als Pauschquantum. Bei dem Gesetz über die Annexion Hannovers hat Niemand der Regierung die Befugniss beilegen wollen, einseitig die gesammte Landesverwaltung zu verändern und ein ganz neues Organisationsgesetz zu erlassen. Niemand war damals der Ansicht, daß die Regierung aus eigener Macht vollkommenheit sich soweit in die gelegengebrachte Reorganisation einlassen würde, wie es geschieht. Redner richtete sodann die Anfrage an den Minister des Innern, wie es sich mit den Stellvertretungskosten der Landräthe verhielte, welche Mitglieder des Abgeordnetenhauses wären; er rügte dabei, daß der Minister auf eine schriftliche Anfrage genügend Auskunft nicht gegeben habe, da ihm „das Material zu dieser Zusammenstellung augenblicklich nicht zur Disposition stehe.“

Redner hat sodann um die Erlaubnis, einen Brief des General v. Trostke verlesen zu können, der in Folge einer Neuordnung seinerseits in der Nothstandsfrage veranlaßt worden sei; (General v. Trostke erklärt in diesem Briefe, daß die ihm damals in den Mund gelegten Neuordnungen vollständig aus der Luft gefasst seien.) Redner erklärt, daß seine neulichen Anführungen ein wortgetreues Zitat aus einem Briefe eines früheren Mitgliedes dieses Hauses gewesen, den er als einen durchaus ehrenwerten Mann kenne und in dessen Mittheilungen Misstrauen zu sehen, er keine Veranlassung gehabt habe (Unruhe rechts). Er habe jetzt die Mittheilung von der Verichtigung des Generals v. Trostke an den Briefschreiber gefandt und sei überzeugt, daß sich die Sache aufklären und der General erforderlichenfalls die notdürftige Ehrenklärung erhalten werde. Er selbst könne natürlich die Behauptung augenblicklich weder aufrechterhalten noch zurücknehmen.

Der Minister des Innern: Es wäre wirklich eine sehr große Arbeit bis auf 1863 zurückzugeben, um herauszufinden, ob in allen einzelnen Fällen Stellvertretungskosten gezahlt sind oder nicht. Ich kann nur sagen, daß die Einziehung der Stellvertretungskosten von den Landräthen der allgemeine Grundzusatz war. Es kann vor kommen, daß ein Kreisdeputirter, der den Landrat vertritt, sagt: ich will es umsonst thun, dann wird die Regierung ihm nicht zwingen, Gebalt zu nehmen; im Allgemeinen aber werden die Stellvertretungskosten strikt eingezogen werden, und ich glaube, im gegenwärtigen Augenblick führt kein Landrat im Hause, der dieselben nicht bezahlt.

Die Debatte wird geschlossen. Ein Mitglied der Rechten, dessen Namen man nicht versteht, fordert den Abg. v. Bodum-Dolfs auf, seine Bemerkung, daß die Landräthe von der Regierung nicht wie Ehrenämter behandelt würden, zurückzunehmen. Abg. v. Bodum-Dolfs bekennt, nicht in der Lage dazu zu sein; er habe die Sachen ganz objektiv dargestellt und sein Mitglied des Hauses genannt.

Abg. Heise wendet sich gegen v. Sauden (Tarpitschen), von dem er einen jungen Streber genannt zu sein verriet.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Ich bin weit entfernt davon gewesen, den Abg. Heise für einen jungen Streber zu erklären, weil ich weiß, daß dasselbe bereits viel erreicht hat.

Der Antrag v. Sauden wird in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Die 20,000 Thlr. Zulage für die Landräthe sind also bewilligt.

Während der Abstimmung wird die Bemerkung gemacht, daß sich in den erleuchteten Saale Rauch verbreite. Der Präsident beruhigt die Versammlung in heiterer Weise, mit der Erklärung, daß der Wind gegen den Schornstein stehe.

Als dann vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. — Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen und die Vorlage, betreffend die Bahn von Gotha nach Leinenfelde. Der Präsident hofft mit dem Etat des Ministeriums des Innern am Montag fertig zu werden, wenn die Herren Geschäftsumfange des Landräthsäters ist es notwendig, wenn man sie nicht überhaupt zu Ehrenämtern macht, die Besoldungen zu erhöhen.

Abg. v. Bodum-Dolfs (scher verständlich): Die Landräthe müssen selbstständige Beamte sein. Ich hoffe, man wird dies dadurch erreichen, daß man die Stellen, statt dieselben höher zu besetzen, zu Ehrenämtern macht.

Abg. Grumbrecht (gegen den Antrag v. Sauden): Die Amtversammlung beruht auf einem Gesetz, es liegt also keine Veranlassung vor, in ähnlicher Weise zu verfahren, wie bei den Landdrosten. Der Antrag widerspricht aber auch direkt seinem Zweck; er soll die Befugniss der Landesvertretung erweitern, und statt dessen erweitert er die Competenz der Regierung durch das Recht, nicht nur die Stellen der Amtmänner zu besetzen, sondern auch die Besoldungen nach Belieben zu bestimmen.

Regierungs-Commissionar v. Wolff: Die 20,000 Thlr., welche zur Erhöhung der Landräthsgehalter angefordert sind, sollen nur der Anfang einer generellen Aufbesserung dieser Besoldungen sein. Der Herr Finanz-

minister war nicht in der Lage, uns größere Mittel bereit zu stellen, deshalb können in diesem Jahre nur 100 Stellen auf das Minimalgehalt gebracht werden, welches die Regierung in Zukunft Allen zu gewähren beabsichtigt.

Über die Vertheilung der Mittel ist ein Beschluss noch nicht gesetzt, sondern nur der Grundzusatz festgestellt worden, daß die Zulagen nicht gewissen Personen bewilligt, sondern bestimmte Stellen erhöht werden sollen. Gegen den Abgeordneten v. Bodum-Dolfs bemerke ich noch, daß, wenn er durch das Verlangen, die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen wollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

Abg. v. Sauden (Tarpitschen): Die Erklärung, daß man eine gene-

rale Gehaltsverbesserung der Landräthe beabsichtige, bestätigt mich nur in der Aufrechterhaltung meines Antrages. Ihre Stellung ist jetzt so unklar,

dass man nicht weiß, ob sie unmittelbar Staatsbeamte sind oder ein Ehrenamt verwalten. Die Bemerkung, daß sie mit ihrem Gehalt nicht austonen,

verlangt die Landräthe künftig zu selbstständigen Beamten zu machen, den Vorwurf aussprechen sollte, daß diese Beamten jetzt unselfständig der Regierung dienen, ich denselben mit Entschiedenheit zurückweisen muß.

[Der Kriegsminister v. Noen] ist am 12. d. Mts. auf der Reise nach Cannes im südlichen Frankreich in Marseille angekommen. So meldet der dortige „Semaphore.“

[Der Minister v. Mühlner] ist von seinem Unwohlsein soweit wieder hergestellt, daß er bereits einen Ausgang versuchen komme. Er hofft sich den Geschäften bald in vollem Umfange wieder widmen zu können.

[Wegen der Regulirung der Oder] hat neulich eine Besprechung aller Parteien stattgefunden. Die damit beauftragten Abgeordneten Graf v. Frankenbergh, Schmidt-Randow und v. Vinzenz-Oberndorf wurden von dem Herrn Handelsminister empfangen, der die Zufriedenheit gab, daß dem Hause in nächster Zeit eine umfassende Entschrift über den Stand und den Plan der Stromregulirung zugehen solle. Die Regierung verwarf alle verfügbaren Mittel auf Bekämpfung der Hindernisse, die der Schifffahrt entgegenstehen, was der Herr Minister im Einzelnen nachwies.

Aus Masuren, 14. Jan. [Sustände.] Der selig entschlafene Bund hatte Masuren ausgeschlossen, die norddeutsche Reichsverfassung hat uns dem großen deutschen Vaterlande wieder näher gebracht, es dürfte aber noch viel fehlen, bis die vollständige Zusammengehörigkeit mit Deutschland hier zu klarem Bewußtsein kommt. Das Gros der Bevölkerung ist polnisch. Ihre Sprache ist indes nicht das reine Hochpolnisch, sondern ein unreines Polnisch, vermisch mit deutschen Wörtern. In den gerichtlichen Verhandlungen schlagen viele rein deutsche Worte, wie Staats-Anwalt, Strafe u. dergl. m. mitten unter den polnischen Wörtern ins Ohr, und selbst das gewöhnliche Gespräch hat eine Menge deutscher Worte herübergenommen und sie durch

Diese Klänge hören wir täglich, unsere Verbindung mit Deutschland ist aber schwach. Masuren besitzt keine einzige Eisenbahn. Die Eisenbahn, welche für uns bestimmt ist, ist bis Rastenfeld fertig; die Strecke nach Löben und Luck ist erst im Bau begriffen. An Chausseen besitzen wir auch keinen Reichtum. Es dürfte kaum glaubhaft erscheinen, daß ein Kreis in der Größe von 17½ D.-M. bis jetzt nur 1½ Meile Chaussee besitzt. Und Chausseen sind so dringendes Bedürfnis, da die Landwege im Frühjahr und Herbst oft lahm, ich möchte sagen gar nicht, passierbar sind. End der Winter, wenn er Schleittenbahn bringt, macht einen regeren Verkehr möglich.

Dieser Mangel an Verbindung isoliert unsrejen an sich schon abgelegenen Winkel, den man die Leute selbst hier zweimal schwerweise die finstere Ecke Preußens nennen hört, noch mehr ab. Man spricht hier von Reisen „nach Deutschland“, von Verwandten „in Deutschland“ u. dergl., als wäre Deutschland ein vollständig fremdes Land.

Und doch bedürfen wir heute mehr denn je der Hilfe Deutschlands. Mag es uns die Zusammengehörigkeit fühlen lassen. Die Not ist groß und ist noch täglich im Wachsen begriffen. Hier ist keine Industrie, kein Handel, keine Gewerbtätigkeit, hier ist nur Ackerbau. Schlägt dieser fehl, wie im vergangenen Jahre, so liegt Alles darunter. Die Ernte des vergangenen Jahres ist gering gewesen. Die anhaltende Nässe ließ an sich nur wenig erwarten, und auch dieses Wenige konnte nicht einmal eingebrochen werden. Kälte und Schnee traten bald ein, eine Menge Kartoffeln lagen noch in der Erde und sind erfroren; Hafer und Erbsen mußten gleichfalls draußen bleiben. Der Preis des Getreides und der Feldfrüchte ist auf das Doppelte gestiegen, der kleine Besitzer kann unmöglich mit seinem Vorratthe den Winter über ausdauern. Eine große Anzahl derselben war schon vor Weihnachten damit fertig, und es kommt nun die verzweifelte Frage, was machen? Oben so verzweift ist sie für den armen Mann. Er läuft zwar herum und sucht Arbeit bei Chaussee- und Eisenbahnanarbeiten, während denen fügt aber die Familie zu Hause und wartet vergeblich auf Unterstüzung seitens ihres Ernährers, denn der Familienvater läuft oft genug zwecklos herum. Es ist ein Jammer, diese Gestalten zu sehen, wie sie auf der Landstraße sich bewegen, manchmal baufüll, ohne Hemd, nur mit einem sog. Wandrock und mit dergleichen Hosen bekleidet, und dabei die strengste Kälte. Das neue Jahr begannen wir mit 26 Grad Kälte!

Findet er aber Beschäftigung bei den oben genannten Bauten, so ist sein Schicksal glücklich genug. Die Arbeiter leben dort teilweise in furchtbaren Erdhöhlen, die nur geringfügig überdeckt sind, theils liegen sie Nächts in Häusern dicht zusammengedrängt. Die Nahrung ist gering; wenn sie aber auch da ist, der Majorat trinkt lieber seinen Brannwein, schon Frühmorgens statt Kaffee auf den nüchternen Magen – ein Wunder, wenn der Typhus auf das Schrecklicht ausbricht und die Reihen der Arbeiter dahin mäht. Wie Rhein und Wiedmühlen liegen voll Typhusranter und der Typhus verbreitet sich weiter auf die übrige Bevölkerung. Überall bricht er aus. Ich weiß, daß der Gerichtstag in einem Orte abgebrochen werden mußte, weil der Typhus zu stark dort gräßte. Man munkelt von Hungertyphus, aber Niemand mag das verhängnisvolle Wort recht aussprechen.

Naturgemäß leidet unter diesen Umständen die öffentliche Sicherheit, Hunger thut weh. Die Zahl der Diebstähle hat sich adäquat dem Preise der Lebensmittel mehr als verdoppelt. Dem Besitzer werden die Schafe aus dem Stalle geholt; selbst, daß Stüde Kindvieh aus dem Stalle geföhnen werden, gehört nicht zu den Seltenheiten. Namenslich dort, wo Eisenbahn- und Chausseearbeiter beschäftigt sind, nehmen dergleichen Diebstähle überhaupt, und der ländliche Besitzer, der in Sicherheit eingewiegt war, schafft sich jetzt eilends die Schlosser an. Er sieht sich nach Sicherheit um. Man hört sogar, daß Leute, die Nächts unterwegs sind, absichtlich das Geläute nom Schläfen binden, um möglichst unbemerkt fahren zu können.

Diese Not ist mehr und mehr steigen. Das kommende Frühjahr wird eine große Anzahl von Substaationen und Brandstiftungen bringen. Letztere sind an sich schon häufig genug; braucht der kleine Besitzer Geld, legt ihm der Gedanke nahe, sein Haus anzustechen und die Versicherungsagenten mehr entgegen nehmen sollen.

Kiel, 18. Jan. [Marine.] Nach hier eingegangenen Nachrichten ist Sr. Majestät Brigg „Musquito“ am 17. d. M. vor Lissabon eingetroffen.

Osnabrück, 16. Januar. [Freilassung.] Lieutenant a. D. Lacroix, so wie ein zugleich verhafteter Polizeischreiber sind wieder auf freien Fuß gesetzt.

Schwerin, 18. Januar. [Zollverein. – Eisenbahn.] Wie die „Mecklenburger Anzeigen“ hören, sind zwar die Verhandlungen mit Frankreich dem erwünschten Abschluß nahe, der Abschluß selbst aber bleibt auch jetzt noch zu erwarten. Zu erneutenen Verhandlungen über den Bau der Lübeck-Kleinauer Eisenbahn sind als großherzoglich-mecklenburg-strelitzer Commissar der Oberlanddrost Graf Eben aus Schenckberg und als Vertreter Lübecks Senator Dr. Curtius hier eingetroffen. Von Seiten der hiesigen Regierung werden die Verhandlungen durch die Geh. Ministerialräthe Dr. Meyer und Brandt geführt.

Langenbreer, 16. Jan. [Ein Wiedergefunden.] Am gestrigen Nachmittag kommt ein Vater, dessen Sohn am Morgen auf See „Neuerloben“ mit angefahren war, um sich nach demselben zu erkundigen, da er am Mittage nicht nach Hause gekommen. Unter den auf der See liegenden Toten findet der Vater seinen Sohn nicht und eilt deshalb in die Krankenhäuser nach Witten und Dortmund, um unter den dorthin gebrachten Vermundeten nachzu suchen. Auch hierunter befindet der Vater sich nicht. Der trostlose Vater eilt wieder zur Unglücksstätte, wo noch fortwährend nach den Vermissten gesucht wird. Heute 11 Uhr Vormittags, wo der alte Vater, am Vorderthare stehend, den Umstehenden seinen Schmerz mittheilt, hebt der Vorderthor sich und, wer beschreibt die Freude des Vaters! – auf demselben steht gefund und wohlerhalten sein Sohn, welcher in einer entfernten Stredte gearbeitet und wahrscheinlich durch Einschaltung der Gase eingeschlaufen war. Der Vater wußte weiter nichts, als daß er geschlagen habe und seine Lampe ihm ausgelöscht sei. Der alte Vater weinte Thränen der Freude.

Darmstadt, 18. Jan. [Die zweite Kammer] hat die Regierungsvorlage, betreffend die Wahlen zum Zollparlament, nach welcher nur Bewohner Hessens wählbar sind, angenommen. Seitens der Regierung wurde der Modus der geheimen Abstimmung zugesichert.

München, 18. Jan. [Abgeordnetenkammer.] Seitens der Regierung wurde mitgetheilt, daß die Interpellation des Abgeordneten Bölt über die bei den Wahlen zum Zollparlament zu gebrauchenden Wahlzettel in nächster Sitzung beantwortet werden solle. – In Abgeordnetenkammern hält man das Zustandekommen des Wehrgesetzes kaum

mehr für zweifelhaft. – Guten Vernehmen nach sind die zur Zeit umlaufenden Gerüchte über eine Ministerkrise völlig unbegründet.

München, 19. Januar. [Keine Kammerauflösung.] Die „Süddeutsche Presse“ erklärt sich auf Grund zuverlässiger Erkundigungen für ermächtigt, das cirkulirende Gericht, die möggebenden Kreise beschäftigen sich mit der Frage der Kammer-Auflösung, als unbegründet zu bezeichnen.

München, 19. Jan. [Das Wehrgesetz.] Der Ausschuß der Kammer der Reichsräthe für das Wehrgesetz hat in seiner heutigen Sitzung bezüglich der Contingents-Bestimmungen einen Seitens der Staatsregierung vorgelegten und vom Könige genehmigten Vermittelungsvorschlag angenommen. Nach demselben soll das stehende Heer bis Ende des Jahres 1871 ein Prozent der Bevölkerung betragen, während nach dieser Zeit der jährliche Stand des Heeres durch das Finanzgesetz festgestellt werden würde. Auch bezüglich des Avancements-Gesetzes macht sich der Ausschuß über einen Compromißvorschlag schlüssig. Sonach hofft man zuversichtlich auf die Annahme des Wehrgesetzes seitens aller gesetzgebenden Factoren.

Stuttgart, 18. Januar. [Abgeordnetenkammer.] Debatte über das Kriegsdienstgesetz. Ein Antrag auf Ablehnung des Gesetzes im Ganzen wurde mit 47 gegen 41 Stimmen verworfen. Mehrere Abgeordnete, welche gegen den Antrag stimmten, erklärten gleichzeitig, daß sie weitere Ermäßigungen der Präsenzzeit für geboten hielten. – Montag wird die Specialdebatte über das Kriegsdienstgesetz beginnen.

ÖSTERREICH.

Wien, 17. Januar. [Einhaltung der Kaiserleiche.] Es war ein stiller Zug, der den toten Kaiser heute an uns vorüberbrachte, ein stiller Zug, trotz der unüberholbaren Menge, die vor, neben und hinter dem Sarge wogte, trotz der prachtvollen Karosse, die ihm das Geleite gaben; ohne Sang und Klang nahte er unseren Blicken, hell beleuchtet von den im Nachtwinde zitternden Fackeln; als er aus der Dunkelheit auftauchte, verstummte die Menge und ehrt den Todten durch Schweigen. Als der Sarg sich langsam entfernt und die Nacht ihn verschlungen hatte, überlamb uns die Empfindung, es sei ein düsteres Traumbild an uns vorübergeglitten. – Diese Stimmung wurde, so lange der letzte Widerthein der Lichter, welche neben dem Sarge mit der Dunkelheit kämpften, sichtbar war, nicht gefördert, und doch fuhr bald Wien die Straßen, um den „totden“ Kaiser zu grüßen. Vom Burgthor angefangen, auf dem Burg-, Opern- und Kärntnerring, bis zur Schwarzenbergbrücke wogte schon nach Eintritt der Dämmerung eine große Menschenmenge. Minder zahlreich hatten sich Neugierige in der Heugasse aufgezählt. Außerhalb der Belvedere-Linie begann jedoch wieder ein dichtes Gewühl. Der Platz vor dem Südbahnhof, sonst zur Aufstellung der Wagen bestimmt, war durch ein Militärpalier abgeschlossen. Hinter diesem Saum von Bajonetten bildete, Kopf an Kopf gedrängt, das Publikum eine undurchdringliche Menschenmauer. – Nach 7 Uhr fuhren die Hofwagen mit dem Hoftrauerwagen über die Ringstraße und Heugasse zum Südbahnhof. Eröffnet wurde dieser Zug von reitenden Lampionsträgern, welchen der Trauerwagen und etwa 20 Hofwagen folgten. Der Trauerwagen, von sechs Schimmel gezogen, war roth ausgezägelt, vier vergoldete Säulen trugen die Kuppel, von welcher rothe Draperien herabhängen. Der Zug langte nach 8 Uhr am Südbahnhof an und nahm seine Aufstellung innerhalb des abgegrenzten Raumes.

Vor dem Aufstättworte war durch zwei Compagnien (300 Mann) des Regiments Ferdinand d'Este ein Spalier gebildet, welches Mühe hatte, die hier sehr dicke Menschenmenge zurückzudrängen. Der Platz selbst war durch Pechfackeln hinsichtlich erleuchtet.

Bunte 8 Uhr ertönten gedämpfte Trommelschläge und unter dem Schalle derselben rollte der Trauerzug in die Halle. Eine kurze Pause folgte, während welcher der Sarg aus dem Wagen gehoben wurde. Hierauf erkundten abermals gedämpfte Trommelschläge und gleichzeitig von der Elisabethkirche das Geläute der Sterbeglocke. Um 9 Uhr war die Einsegnung beendet und der Trauerzug setzte sich in Bewegung.

Auf der Bellaria wurde der Sarg nach erfolgter Einsegnung über die Schwarze-Adlerstiege in die Kämmererkapelle hinabgetragen. Se. Majestät der Kaiser mit den Erzherzögen und den Höchstgeburten erwarteten den Sarg bei dem Eingange der Schwarzen-Adlerstiege und begleiteten denselben in die Kapelle. Nachdem der Sarg in die Kapelle gebracht war, verließ Alles bis auf die kaiserliche Familie dieselbe. Nachdem die a. b. Herrschaften ein kleines Gebet für den Verstorbenen gebracht hatten, verließen auch diese die Kapelle, und der Sarg blieb unter der Obhut zweier Brieferer, die bei demselben die Nacht betend durchzuhören haben. Der Sarg, welcher in Triest zugegen war, wird hier nicht mehr geöffnet werden, daher auch die übliche Übertragung der Eingeweide und des Herzens, so wie auch die Agnoscirung der Leiche durch den Guardian der Capuciner diesmal nicht stattfindet.

Wien, 19. Jan. [Ministerielles.] Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile ein kaiserliches Handschreiben an den Reichs-Kriegsminister John, durch welches letzterer auf seine Bitte von seinem Amt enthoben wird, unter gleichzeitiger Verleihung des Grosskreuzes des Leopold-Ordens. Ein zweites Handschreiben erneint den Feldmarschall-Bientenant v. Kuhn zum Reichs-Kriegsminister. Ein drittes Handschreiben des Kaisers spricht dem Admiral Tegethoff für die Vollschriftung seiner schwierigen Mission in Mexico den Dank des Kaisers und der kaiserlichen Familie aus. Dem Admiral ist das Grosskreuz des Leopoldordens verliehen.

Nach der „Neuen freien Presse“ zerfällt das den Delegationen vorzulegende Rothbuch in vier Abschritte, welche den deutschen Angelegenheiten, der römischen Frage, der orientalischen Frage und den Handelsangelegenheiten gewidmet sind. Jedem dieser vier Abschritte gehe ein in deutscher und ungarischer Sprache abgeschafftes Tropo voraus.

Wien, 19. Januar. [Die diesseitige Delegation] ist heute zusammengetreten. Der Reichskanzler machte derselben die Mittheilung, daß der Kaiser die Delegirten morgen empfangen werde und ersuchte den Cardinal Rauscher, als Alterspräsident den Vorsitz zu übernehmen. Nachdem der Cardinal in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Delegation für das Einheitsbank der Monarchie betont, wurde zur Wahl des Präsidiums geschritten. Graf Anton Auersperg wurde mit 47 Stimmen von 48 zum Präsidenten, Kaiserfeld zum Vicepräsidenten gewählt. Ein drittes Handschreiben des Kaisers spricht dem Admiral Tegethoff für die Vollschriftung seiner schwierigen Mission in Mexico den Dank des Kaisers und der kaiserlichen Familie aus. Dem Admiral ist das Grosskreuz des Leopoldordens verliehen.

Nach der „Neuen freien Presse“ zerfällt das den Delegationen vorzulegende Rothbuch in vier Abschritte, welche den deutschen Angelegenheiten, der römischen Frage, der orientalischen Frage und den Handelsangelegenheiten gewidmet sind. Jedem dieser vier Abschritte gehe ein in deutscher und ungarischer Sprache abgeschafftes Tropo voraus.

Prag, 17. Januar. [Die deutsche Studentenschaft] beschloß in einem Telegramme an den Justizminister Dr. Herbst zu erklären, daß sie nur in treuer Hingabe an ihn und nicht dem Feind einfluß weichend von einer Ovation für ihn ablässe. – Weiter wurde beschlossen, eine Petition an den Unterrichtsminister bezüglich der Universitätsreform zu richten.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 18. Jan. Der Kriegsminister hat die Wieder-Auflösung der in jüngster Zeit errichteten Depot-Compagnien der Infanterie-Regimenter angeordnet. – Von unterrichteter Seite wird die Nachricht, General Gialdini habe die Übergabe des Gesandtschaftspostens in Wien abgelehnt, als unrichtig bezeichnet.

Italienische Rente 49, 45, Napoleon's 22, 89.

Florenz, 18. Januar. Deputirtenkammer. Der Marineminister bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend die artilleristische Bewaffnung der Panzerflotte, sowie über die Umarbeitung der Gewehre der Marine-truppen. – Der Abg. Melana fordert die Kammer auf, sich gegen die Aufrüstung Broglie's zu erläutern, nach welcher das Recht der Kammer, das Budget zu verweigern, nicht ganz unzweifelhaft sei. Die Debatte über den bezüglichen Antrag wird bis zur Erledigung der Budget-Debatte vertagt. Hierauf wurde die Debatte über das Einnahme-Budget fortgesetzt.

Florenz, 19. Jan. „Opinione“ dementirt die namentlich von französischen Blättern verbreitete Nachricht, Preußen habe ein angeblich von Italien gestelltes Anerbieten auf Abschluß eines Allianzvertrages abgelehnt, und bemerkt, Italien habe ein solches Anerbieten überhaupt nicht gestellt. Das offiziöse Blatt fügt hinzu, daß Italien durch seine schwierige finanzielle Lage verhindert sei, ein ernstlicher Alliirter zu sein. Italien müßt im Einverständniß mit Frankreich bleiben. Ungefähr erlaube das französisch-italienische Verhältnis zu Frankreich die Aufrethaltung der gegenwärtigen Beziehungen zu Preußen. Die Zeit der politischen Wendungen sei vorüber. – Die Deputirten treffen zahlreich aus den Provinzen ein, um der morgen erwarteten Einbringung des Finanzpodes zu bezeugen.

Von Rom aus wird der Nachricht widersprochen, daß von dort der clericalen Partei die Beteiligung an den Wahlen empfohlen sei.

Florenz, 18. Januar. Im weiteren Verlaufe der Debatte über das Einnahmebudget erklärte der Finanzminister, er könne sich vor Berichterstattung der Regierungs-Commission über das Tabakmonopol nicht aussprechen. Die Kammer nahm die ersten 22 Capitel des Finanzgesetzes an.

Paris, 18. Jan. Die Senats-Commission für das Armeegesetz hat Marschall Randon zum Vorsitzenden und Dumas zum Berichterstatter gewählt. „Patrie“ glaubt zu wissen, daß die Commission schon am nächsten Montag dem Senat ihren Bericht vorlegen werde.

Der Proces gegen die der Veröffentlichung unerlaubter Kammerberichte angelagten Zeitungen wurde heute fortgesetzt. Die Staatsanwaltschaft begründete die Anklage, worauf Advocate Senard, Vertheidiger der „Opinion nationale“, das Wort erhielt. Fortsetzung der Verhandlung am nächsten Montag.

Paris, 18. Jan. Das Bestinden des Grafen Golz ist heute wieder ein durchaus bestiegendes. Der Graf machte heute bereits eine Spazierfahrt. – Unter den hiesigen Deutschen sind Sammlungen zum Besten der Notleidenden in Ostpreußen veranstaltet.

London, 18. Januar. Die heutige „Times“ meldet, daß Graf Bernstorff seine Beglaubigungsschreiben als Gesandter des norddeutschen Bundes erst nach der Rückkehr der Königin von Osborne überreichen wird.

London, 18. Jan. Der Dampfer „Euphrates“ ist bei Holyhead gestrandet. Die Mannschaft und die aus Palmöl bestehende Ladung sind verloren.

Mit dem Dampfer „Scotia“ sind 1,430,564 Dollars an Constant und Nachrichten aus Nework vom 8. d. eingetroffen. In der Convention von Virginia ist eine Resolution eingefügt worden, welche eine Zahlung von 25 p.C. als gesetzliche Regelung aller während der Rebellion in Virginien gemachten Schulden vorschlägt.

Der Dampfer „Australasian“ ist aus Europa in Nework angekommen.

Nach den daselbst eingetroffenen mexicanischen Zeitungen ist Juarez am Weihnachtsfesttag als Präsident inaugurirt worden.

Nach Berichten aus St. Domingo war Cabral flüchtig und Baez als Präsident proclamirt worden.

London, 19. Januar. Die fälligen Posten vom Continent sind auch heute nicht eingetroffen. Es wütet ein anhaltender Sturm. Die Telegraphenverbindung mit Amerika ist gestört. Auch die inländischen Leitungen sind seit gestern unterbrochen. Wie der „Observer“ meldet, hat gestern Abend ein Fenier auf 2 Polizeibeamte von der Detectiv-Abtheilung einen Schuß abgefeuert. Nach demselben Blatte ist am Mansion-House eine seinesche Proklamation angeheftet gefunden worden. – Michael Barratt, welcher der Anzündung der beim Clerkenweller Gefängnis explodirten Pulvertonne beschuldigt ist, wurde in Glasgow arrestirt und hierher transportirt. In Queenstown sind bei Ankunft des New-Yorker Postdampfers drei Fenier verhaftet worden, darunter ein gewisser Train, welcher früher hier Bauunternehmungen betrieben hat.

Kopenhagen, 18. Januar. Der Generallieutenant und Kammerherr v. Bülow, welcher bis jetzt die Leitung der dänischen Gesandtschaft in London interimistisch versehen hat, ist zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister daselbst ernannt worden.

Kopenhagen, 18. Januar. In der heutigen Sitzung des Reichstages legte die Regierung das amtliche Resultat der Abstimmung auf den Inseln St. Thomas und St. Jean über die Abtretung an die Vereinigten Staaten vor. Von 1266 Stimmenden haben 1244 für, 22 gegen die Abtretung gestimmt.

Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Stufen, die Temperatur der Luft nach Reamur. | Ba- rometer. | Son- nen- tempera- tur. | Wind- richtung und Stärke. | Wetter. |
|--|-----------------|----------------------------------|----------------------------------|---------------------|
| Breslau, 18. Jan. 10U. Ab. | 328,74 | +3,4 | SW. 1. | Trübe. |
| 19. Januar 6 U. Mrg. | 324,65 | +5,2 | S. 2. | Trübe, Nacht Regen. |
| 2 U. Nachm. | 323,71 | +7,7 | N. 2. | Bewölkt. |
| 10 U. Abends. | 323,50 | +4,2 | SW. 2. | Trübe. |
| 20. Januar 6 U. Mrg. | 322,69 | +3,4 | SW. 2. | Trübe. |

Breslau, 20. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 16 J. 8 Z. U.-P. 4 J. - 3.
Eisstand.

Berliner Börse vom 18. Januar 1868.

| Fonds- und Geld-Course. | Eisenbahn-Stamm-Aktionen. |
|-----------------------------------|--------------------------------------|
| Freiwill. Staats-Anl. 14% G. | Dividende pro 1865. 1866. |
| Staats-Anl. von 1859 15% 103½ bz. | Aachen-Maastrich 4 29½ bz. u. G. |
| dito 1854,55 57 4½ 96 bz. | Amsterd. Rottd. 7½ 4 99½ B. |
| dito 1859 4½ 96 bz. | Berg-Märkisch 9 8 135½ bz. |
| dito 1856 4½ 96 bz. | Berlin-Anhalt. 13 131½ 4 211½ bz. |
| dito 1864 4½ 96 bz. | Berlin-Görlitz. — 4 79½ bz. u. B. |
| dito 1867 4½ 96 bz. | dito St.-Prior. — 4 97 bz. |
| 1850/52 4 83½ bz. | Berlin-Hamburg 9½ 9 4 160 bz. u. B. |
| dito 1853 4 83½ bz. | Berlin-Potsd.-Mgd. 16 16 4 202 B. |
| dito 1862 4 83½ bz. | Berlin-Stettin. 8 87½ 4 137½ B. |
| dito 1864 4 83½ bz. | Bohm.-Westph. 5 5 62 B. |
| Staats-Schuldscheine 3½ 83½ bz. | Breslau-Freib. 9 9½ 4 119 B. |
| Präm.-Anl. von 1855 15½ 115½ bz. | Cosel-Minden. 17½ 9 4 136½ bz. |
| Berliner Stadt-Oblig. 4½ 96½ B. | Cosel-Oderberg. 21½ 4 77½ à 76½ bz. |
| Kur.-u. Neumärk. 4 90½ B. | dito St.-Prior. 5 4 85½ B. |
| Pommersche 4 89 G. | dito neue 4 84½ G. 5 90 G. |
| Pommersche 4 89 G. | Galiz. Ludwigsw. 5 5 84 bz. |
| Posensche 4 89 G. | Ludwigsh. Bexx. 10 102½ 4 150½ B. |
| Dreissische 4 89 G. | Magn.-Halberst. 15 5 207 bz. |
| Westph. u. Rhein. 4 92½ G. | Mainz-Ludwigs. 8 3 4 124 bz. u. G. |
| Sächsische 4 90½ bz. | Mecklenburger. 3 3 4 75½ bz. |
| Sächsische 4 90½ bz. | Neisse-Brieger. 58½ 4 91 B. |
| Sächsische 4 90½ bz. | Niederschl. Märk. 4 4 88½ bz. |
| Sächsische 4 90½ bz. | Niederschl. Zwgw. 3½ 5 75 bz. u. G. |
| Louisdor 11½ G. Ost. Bk. 84½ bz. | Nordbahn. Hess. 4 4 |
| Goldk. 9, 10 G. Poln. Bkn. — | Oberschl. A. . . . 11½ 12 31 185 bz. |

| Ausländische Fonds. | Bank- und Industrie-Papiere. |
|--------------------------------------|---|
| Oesterr. Metallischen 5 47½ bz. | Oest. Fr. St.-B. 11½ 12 31 163½ bz. |
| dito Natl.-Anl. 5 55½ bz. | dito C. . . . 11½ 12 31 185 bz. |
| dito Lot.-A.v.60 5 70½ bz. | Oestr. südl. St.-B. 7½ 9 50 90½ à 89½ bz. |
| dito dito 64 4 43½ bz. | Oederer-St.-A. . . . 5 74½ bz. u. B. |
| dito 54er Pr. A. 4 61½ B. | Oederer-St.-Pr. . . . 5 74½ bz. u. B. |
| dito Eisenh.-L. 71 G. | Oppeln-Tarnow. 31½ 4 5 74 bz. |
| Ital. neue 5proc. Anl. 5 43½ à ½ bz. | Rheinische 7 4 115½ bz. |
| Russ.-Engl. Anl. 1862 5 83½ bz. | dito Stamm-Pr. 7 4 4 |
| dito Poln.-Sch. Obl. 4 63½ bz. | Rhein-Nahebahn. 0 4 30½ bz. |
| Poln.-Pfandr. II. Em. 4 58 B. | Stargard-Posen. 41½ 4 93½ bz. |
| dito Ligd.-Pfandr. 4 49 bz. u. G. | Thüringer Bank 4 4 128½ bz. |
| Poln. Obl. à 500 Fl. 4 95½ G. | Warschau-Wien. 81½ 1 5 58½ bz. |
| dito à 300 Fl. 5 92 etw. bz. | |
| Kurhess. 40 Thir. obl. 53½ etw. bz. | |
| Baden. 35 Fl. Loose 29½ etw. bz. | |
| Amerikan. St.-Anl. 6 77 à 76½ bez. | |

| Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen. | Wechsel-Course. |
|--|--|
| Berg.-Markische 4½ — | Berl. Kassen-V. 8½ 12 4 158 B. |
| dito 11. 4½ 95½ G. | Braunschw. B. 8 4 95½ G. |
| dito IV. 4½ 93½ G. | Bremer Bank. 6½ 8 4 — |
| dito III. v. St. 3½ g. 3½ 76½ bz. | Danziger Bank 7½ 10 4 107 G. |
| Cöln-Minden 4½ 97½ bz. u. B. | Darmst. Zettsb. 7½ 4 96 B. |
| dito II. 5 83½ bz. | Geraet. Zettsb. 7½ 4 99½ etw. bz. |
| dito III. 4 83½ bz. | Gothaer 5 5 89 B. |
| dito IV. 4 94½ B. | Hannoversche B. 4 5 77 G. |
| dito V. 4 83½ bz. u. R. | Hamb. Nord. B. 9 8½ 4 116 B. |
| Cos. Oderb. (Wilh.) 4½ — | Vereins-B. 18½ 10 4 111 B. |
| dito III. Em. 4 86½ G. | Königsberger B. 6½ 7½ 4 111 G. |
| dito IV. Em. 4 85½ G. | Luxemburger B. 6 6 4 78½ B. |
| dito V. Em. 4 80½ G. | Magdeburger B. 5½ 5 4 89 G. |
| Niederschl.-Markt. . . . 4 87½ bz. | Posener Bank 6½ 7½ 4 99½ B. |
| dito conv. 4 88 B. | Preuss. Bank-A. 10½ 115 13½ 4 152½ bz. |
| dito III. 4 88 B. | Thüringer Bank 4 4 64½ B. |
| dito IV. 4 83½ bz. | Willmar 6½ 4 81½ bz. |
| Niederschl.-Markt. . . . 4 87½ bz. | |
| Berl. Hand.-Ges. 8 3 4 109½ B. | |
| Coburg Credit.A. 8½ 4 4 70 B. | |
| Darmstädter 8½ 2 4 80½ G. | |
| Dessauer 8½ 2 4 2½ G. | |
| Diss. Com.-Anth. . . . 6½ 2 4 105½ bz. | |
| Gneuer Credit.-A. . . . 6 0 4 22 G. | |
| dito B. 3½ 7¾ G. | Leipziger 4 4 88 G. |
| dito C. 4 85½ G. | Meiningen 7 — 4 89½ etw. bz. u. B. |
| dito D. 4 85½ G. | Moldauer Lds. B. 4 4 75½ à 74½ bz. |
| dito E. 3½ 7½ G. | Oest. Cred. A. 4½ 4 78½ à 74½ bz. |
| dito F. 4 93½ G. | Schi. Bank.-Ver. 7½ 4 111½ B. |
| dito G. 4 92½ G. | |
| Oesterr.-Franz. . . . 3 260 bz. | |
| Oesterr. südl. St.-B. 3 209 bz. | |
| Rhein. v. St. gar. 4½ 96 B. | Minerva 1 5 33½ etw. bz. |
| Rhein.-Nahe-B. gar. 4½ 93½ bz. | Fb. v. Eisenbf. 5½ 10 5 125½ B. |

| | |
|-------------------------------------|--|
| Amsterdam 250 Fl. 10T. 143½ bz. | Angsburg 100 Fl. . . . 2 M. 56 24 G. |
| dito ditto 2 M. 142½ bz. | Leipzig 10° Thir. . . . 8 T. 99½ G. |
| Hamburg 300 Mk. . . . 8 T. 151½ bz. | dito ditto 2 M. 99½ G. |
| dito ditto 5 M. 151 bz. | Frankfurt a. M. 100 Fl. 2 M. 56 23 G. |
| London 1 Ltr. . . . 3 M. 6 23½ bz. | Petersburg 100 S.-R. . . . 3W. 93½ bz. |
| Paris 300 Frs. . . . 2 M. 81½ bz. | dito ditto 3 M. 91½ bz. |
| Wien 150 Fl. . . . 8 T. 84½ bz. | Warschau 20 S.-R. . . . 8 T. 84½ bz. |
| dito ditto 2 M. 84 bz. | Bremen 100 Thir. Gold 8 T. 111½ bz. |

[Militär-Wochenblatt.] Gr. v. Bismarck-Böhmen, Gen.-Lieut. und Commandant von Hannover, zum Commandanten von Berlin und zum Commandant der Land-Gendarmerie ernannt. v. Kapfenst. Gen.-Maj. und Commandant von Rendsburg, in gleicher Eigenschaft nach Hannover versetzt. v. Lehwalde, Maj. und Esc.-Chef im Westpr. Inf.-Regt. Nr. 5, zum etatm. Stabsoff. ernannt. v. Freyholt, Gen.-Lt. und Commdr. des Cadetten-Corps, zum Commandanten von Stettin, v. Wartemberg, Oberst und Commdr. des 7. Thür. Inf.-Regts. Nr. 96, zum Commandr. des Cadetten-Corps ernannt. v. Schefler, Oberst und Commdr. des 1. Westpr. Gren.-Regts. Nr. 6 in gleicher Eigenschaft zum 7. Thür. Inf.-Regts. Nr. 96 versetzt. v. Schefler, Oberst agrgr. dem 5. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 65, zum Commdr. des 1. Westpr. Gren.-Regts. Nr. 6 ernannt. v. La Chevallerie, Oberst und Commdr. des 7. Ostpr. Inf.-Regts. Nr. 44, unter Stellung à la suite dieses Regts., zum Commandanten von Colberg ernannt. v. Böding, Ob.-Lieut. vom 6. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 55, mit der Führung des 7. Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 44, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. Witte, Sec.-Lieut. agrgr. dem 5. Ostpr. Infanterie-Regiment Nr. 41, unter Beförderung zum Preß.-Lieut. in das Schles. Füß.-Regt. Nr. 38 versetzt. Clarus, Port.-Fähn. von 2. Niederschl. Inf.-Regt. 47, v. Niedrich-Rosenfeld, Port.-Fähn. vom 1. Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, Witte, Port.-Fähn. vom 2. Leib.-Hus.-Regt. Nr. 2, zu Seconde-Lieutenants, Scharlau, Unteroff. vom Westfäl. Füß.-Regt. Nr. 37, zum Port.-Fähn. — befördert. Höllermann, Hauptm. agrgr. dem 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50, als Comp.-Chef in das Regiment einrangiert. Knipping, Ob.-Lieut. agrgr. dem 3. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 66, zum Commdr. des 4. Niederschl. Inf.-Regiments Nr. 51 ernannt. Wollenhaupt, Unteroff. vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, Gerstenberg, Unteroff. vom 1. Pos. Inf.-Regt. Nr. 18, zu Port.-Fähnrs., v. St. Wollinstei., Sec.-Lt. vom Schles. Füß.-Regt. Nr. 38, zum Port.-Lieut., Ratsch. Gar. Port.-Fähn. vom 4. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 51, Wagner, Unteroff. von dem. Regt. v. Boninstei., Gefr. vom 1. Schles. Huf.-Regt. Nr. 4, zu Port.-Fähnrs. v. Dobisch, Bobertag, Port.-Fähn. vom 4. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 23, zum Port.-Fähn. v. Lindern, Unteroff. vom 4. Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, zum Port.-Fähn. v. Broch, Port.-Fähn. vom 2. Sec.-Lt., Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, Witte, Port.-Fähn. v. Broch, Port.-Fähn. vom 2. Leib.-Hus.-Regt. Nr. 2, zu Seconde-Lieutenants, Scharlau, Unteroff. vom Westfäl. Füß.-Regt. Nr. 37, zum Port.-Fähn. — befördert. Höllermann, Hauptm. agrgr. dem 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50, als Comp.-Chef in das Regiment einrangiert. Knipping, Ob.-Lieut. agrgr. dem 3. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 66, zum Commdr. des 4. Niederschl. Inf.-Regiments Nr. 51 ernannt. Wollenhaupt, Unteroff. vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, Gerstenberg, Unteroff. vom 1. Pos. Inf.-Regt. Nr. 18, zu Port.-Fähnrs., v. St. Wollinstei., Sec.-Lt. vom Schles. Füß.-Regt. Nr. 38, zum Port.-Lieut., Ratsch. Gar. Port.-Fähn. vom 4. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 51, Wagner, Unteroff. von dem. Regt. v. Boninstei., Gefr. vom 1. Schles. Huf.-Regt. Nr. 4, zu Port.-Fähnrs. v. Dobisch, Bobertag, Port.-Fähn. vom 4. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 23, zum Port.-Fähn. v. Lindern, Unteroff. vom 4. Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, zum Port.-Fähn. v. Broch, Port.-Fähn. vom 2. Sec.-Lt., Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, zum Port.-Fähn. v. Broch, Port.-Fähn. vom 2. Leib.-Hus.-Regt. Nr. 2, zu Seconde-Lieutenants, Scharlau, Unteroff. vom Westfäl. Füß.-Regt. Nr. 37, zum Port.-Fähn. — befördert. Höllermann, Hauptm. agrgr. dem 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50, als Comp.-Chef in das Regiment einrangiert. Knipping, Ob.-Lieut. agrgr. dem 3. Magdeburg. Inf.-Regt. Nr. 66, zum Commdr. des 4. Niederschl. Inf.-Regiments Nr. 51 ernannt. Wollenhaupt, Unteroff. vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, Gerstenberg, Unteroff. vom 1. Pos. Inf.-Regt. Nr. 18, zu Port.-Fähnrs., v. St. Wollinstei., Sec.-Lt. vom Schles. Füß.-Regt. Nr. 38, zum Port.-Lieut., Ratsch. Gar. Port.-Fähn. vom 4. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 51, Wagner, Unteroff. von dem. Regt. v. Boninstei., Gefr. vom 1. Schles. Huf.-Regt. Nr. 4, zu Port.-Fähnrs. v. Dobisch, Bobertag, Port.-Fähn. vom 4. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 23, zum Port.-Fähn. v. Lindern, Unteroff. vom 4. Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, zum Port.-Fähn. v. Broch, Port.-Fähn. vom 2. Sec.-Lt., Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, zum Port.-Fähn. v. Broch, Port.-Fähn. vom 2. Leib.-Hus.-Regt. Nr. 2, zu Seconde-Lieutenants, Scharlau, Unteroff. vom Westfäl. Füß.-Regt. Nr. 37, zum Port.-Fähn. — befördert. Höllermann, Hauptm. agrgr. dem 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50, als Comp.-Chef in das Regiment einrangiert. Knipping, Ob.-Lieut. agrgr. dem